

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

Erfährt Dienstag. Redaktions- und Druck- Sonntag.
Dienstagabonnent: 1,50 RM. für 12
Mittwoch- und Donnerstag. Die ein-
malige Monatsgebühr (Mittwoch ausgenommen)
0,40 RM. Stellegenmittlungsanfragen die Stelle.

zugleich Publikationsorgan

der Zentralranken- und Sterbefälle der Schuhmacher
(Stz Hamburg 6)

Verantwortl. Redakteur: Otto Teuffel, Nürnberg, Stern-
straße 24403. Anzeigenannahme und Redaktion:
Nürnberg 4 (Dollfuß). Verlagsstelle: Hohenstraße 1.
Eingetragene Nr. 15 231. Zahlungen für Deutsche und
Dollland: Hbg. 23 980, Exped. „Der Schuhmacher“ Hbg.

Nummer 48

Nürnberg, den 25. November 1930

44 Jahrgang

Protest des Vorstandes des ADGB.

Stellungnahme zum Schiedspruch in der Metallindustrie.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt in dem neuen Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie das Ergebnis der förmlichen und in ihren praktischen Folgen verwerflichen Auffassung, daß die Senkung der Löhne einen Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit darstellt. Im Gegensatz zu dieser Auffassung haben die Gewerkschaften stets die Meinung vertreten, daß eine durch Verhandlungen bewirkte Schmälerung der klassenfeindlichen Schichten der Bevölkerung den Abzug vermindern, die Krisis verschärfen, die Arbeitslosigkeit verheeren muß. Diesen Standpunkt, der von geschichtlichen Tatsachen des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft geteilt wird, hält der Bundesvorstand aufrecht.

Wie der Bundesvorstand des ADGB, ausgehend von dieser Erkenntnis, in seiner Sitzung vom 13. Februar 1930 gegen die Verbindlichkeitsklärung des ursprünglichen Schiedspruches Vernehmung eingeleitet hat, so erhebt der Bundesvorstand entgegengesetzten Protest gegen die Wiederherstellung dieses von der Berliner Metallindustrie befohlenen, von der gesamten Gewerkschaftsbewegung und von einem großen Teil der öffentlichen Meinung abgelehnten Schiedspruches durch die Entscheidung des Schiedsgerichtes vom 8. November.

Gegen das Schiedsgericht richtet der Bundesvorstand den Vorwurf, daß es die Interessen der Arbeiterschaft, die Forderungen der Gewerkschaften und die Stimme der öffentlichen Meinung unbeachtet gelassen und bei seiner Entscheidung einseitig dem Einfluß der Unternehmerinteressen nachgegeben hat.

Der Bundesvorstand kann auch nicht anerkennen, daß die von der Berliner Metallindustrie aufgelegte erhebliche Lohnsenkung eine Rechtfertigung in der von der Regierung geführten Aktion zur Senkung der Preise findet. Er ist vielmehr der Ansicht, daß die bisher erfolglos und in Aussicht gestellten Preisreduzierungen als Ausweis für die Vorkaufszwang völlig belanglos sind. Zwischen der Wirtschaftskrise, mit der die regierenden Kreise den Lohnabbau betreiben, und dem geringen Verlauf, den sie auf die Gestaltung der Preise auszuüben vermögen, besteht ein Mißverhältnis, das aufreißend wirken muß. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, von der Arbeiterschaft schwere Opfer zu fordern in einem Augenblick, in dem wirtschaftlich leistungsfähigere Kreise die Schuld, zur Förderung des Gemeinwohls Opfer auf sich zu nehmen, unverhältnißvoll erkennen lassen.

Der Schiedspruch hat die nachteiligsten Folgen für die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden bei funktionierenden Arbeitskonflikten. Er erhöht das Misstrauen der Arbeiterschaft gegen den unparteiischen Charakter des Schlichtungswesens, verleiht die Gegenparteien in kommenden Arbeitskämpfen, steigert die Erbitterung, mit der sie geführt werden, und erschwert ihre Beilegung durch das Mittel der Schlichtung.

Den Arbeitern muß der Schiedspruch vor allem zeigen, daß ihre Stärke auf ihrer Geschlossenheit beruht. Der Bundesvorstand ermahnt die Arbeiter daran, daß es keinen anderen Weg gibt, ihre Rechte zur Geltung zu bringen, als einzig und allein, jede Zerplitterung abzuwehren und ihre ganze Kraft für die Forderung ihrer Organisationsinteressen einzusetzen.

Berlin, den 13. November 1930.

Der Bundesvorstand

von der WZV, haben die Niederlage verstanden. Jetzt haben sie bis Ende Juni Zeit, sich zu befehlen und dann erneut und besser zu kämpfen. Die anderen Arbeitergruppen werden inzwischen die Stellung halten müssen!

Im Interesse des gewerkschaftlichen Kampfes erscheint es unbedingt, über den Verlauf und den Ausgang des Berliner Kampfes sich volle Klarheit zu verschaffen. Jede Teilnahme infanterie eine Auslösung von 7000 Mann, des Reichsführers der „Metallarbeiterzeitung“, die schon geschrieben war, bevor das zweite Schiedsgericht zu seinem Spruch kam. Kammer stellte, rückwärtend auf den Streit, folgendes fest:

Die Berliner Metallindustrie wurde teilweise nicht zum völlig zum Vorfeld für den Kampf um den allgemeinen Lohnabbau zogen. Bei der Wahl dieses Feldes folgten die Industriellen der Linie der „Schuhmacher“ Arbeiter. Die Arbeiter glaubten an diesen Ort und in diesen Gewerbe die größte Erfolgsaussicht zu haben. Und gewichtige Umstände sprachen für diese Annahme. In der Metallindustrie Berlin sind die Arbeiter viel zu schlecht organisiert. Überdies wird das an sich schon zu geringe zahlenmäßige Gewicht der Organisation noch erheblich vermindert durch eine beständige Zerfahrenheit und Verhinderung der Arbeiterschaft. Lange und die Völkse der Metallarbeiter gehört einer freien Gewerkschaft an; in namhaften Großbetrieben befindet sie sich in einer hilflosen Minderheit, neben der sich Zahlreicher und welche annehmen tun. Und deren Tätigkeit gegen die freien Gewerkschaften erhebt eine merkwürdige Äußerung durch die gleichgerichtete Propaganda der Kommunisten, die seit geraumer Zeit ihre ganze Kraft auf die Eroberung der Metallbetriebe richten. Hier wurde einzig für die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ agitiert, was ihr besondere Gruppen mit eigenen Betrieben zu schaffen verbot, was nichts anderes heißt, als die Arbeitgeberkämpfer an ihrer Organisation zu zerschlagen und sie in die Reihen der Unorganisierten zu treiben.

Rechts und links in gewerkschaftsfeindlichem Sinne bearbeitet, sind schätzende von Berliner Metallarbeitern aus der Gewerkschaft hinausgeworfen worden, weitere Zahlungen haben einen Sturz bewirkt, der Gewerkschaftsbewegung zu „spaten“, was ja, wie eine tausendjährige Erfahrung lehrt, aufs Spätere für den Unternehmer hinausläuft.

Die organisatorische Schwäche der Arbeiter ist die Stärke der Unternehmer. Die Ziele dieser Arbeiterschaft sind in Berlin neue Befähigung. Die Metallindustriellen verneinten, bei einer derartigen Befähigung der Arbeiterschaft werde es in Berlin zu gar keinem Widerstand gegen den Lohnabbau kommen. Und wenn er erst einmal in der ausgedehnten, Anbitter der Reichsbauptstadt durchgeführt sei, würden andere Städte und Gewerbe leicht folgen. Bei der Unfähigkeit der amtlichen Schlichter, die nützliche Vermittlung mangelhaft haben. Die Rechnung erwies sich nun freilich als ganz richtig. Die Berliner Metallarbeiter legten ziemlich einmütig die Arbeit zur Abwehr des Lohnabbaus nieder und folgten ohne Erwartungen der Streikförmigkeit der freien Gewerkschaften.

So erfreulich dies war, allzuviel konnte man daraufhin nicht wagen. Denn eine Armee, deren große Hälfte nur mal bei einer außerordentlichen Gelegenheit sich an dem organisierten und disziplinierten Heer hält und die außerdem auf keine Kampfangelegenheit zu seine geübte Unternehmung hoffen kann bei nur geringem Kampfwert, und die Erfolgsmöglichkeit ist gering, schon weil ihre Zerbrochenheit jede Stunde eintritt kann. Mit

Die Lehren des Berliner Metallarbeiterkampfes

Der neue Schiedspruch vom 8. November im Lohnstreit der Berliner Metallindustrie ist in der Arbeiterschaft weitverbreitet und von der organisierten Arbeiterschaft aller Richtungen, mit Empörung aufgenommen, als eine Schmach und Provokation bezeichnet worden. Die Entscheidung der Unparteiischen ist eine Sünde für die arbeitserfindlichen Bestrebungen des gesamten deutschen Unternehmertums.

Trotz die offizielle Gewerkschaftspolitik und mit Hilfe der kapitalistischen Presse ist eine allgemeine Lohnsenkung in der Wirtschaft herbeigeführt worden. Aber hat den Eindruck, daß mit diesem Schiedspruch die öffentliche Meinung der Unternehmer mit voller Abicht zur Seite getreten ist. Die Arbeiterschaft ist aufrecht empört über diese Art „Lohnpolitik“, um so mehr, als der bisherige Verlauf der Preisreduzierungen, insbesondere für die lebensnotwendigen Bedarfsgegenstände, eine Verhöhung der Arbeiterschaft gleichkommt.

Auf der ganzen Linie wird in der Gewerkschaftspolitik aller Richtungen dieser Kurs zurückgewiesen, insbesondere die bereits von der kapitalistischen Presse so weitgehend vertretene Ansicht, daß der Ausgang des Berliner Konflikts bei allen nunmehr ausbrechenden Lohnkonflikten als Richtschnur gelten würde. Einmütig und mit aller Entschiedenheit kommt in der gesamten Gewerkschaftspolitik zum Ausdruck, daß man im Lande brauchen, und zwar in allen Bereichen, einer weiteren Ausbreitung dieser Lohnsenkungsaktion nicht nur möglichen Widerstand entgegenzusetzen wird.

Immer klarer tritt jetzt auch, daß der Berliner Großangriff der Metallindustriellen auf einem tödlich angelegten Plane beruht. Mit voller Abicht ist offenbar gerade Berlin für diesen ersten großen Versuch des Unternehmertums auszuwählen worden, weil man hier auf Seiten der Arbeiterschaft Schwächen vermutete. Es wird augerst flüchtig Zitat bedürfen, zielflächer bewiesener Aufklärung, um die Unmöglichkeit die Schwäche vornehmend auszuweisen. Es wird augerdem in allen Kreise schreien, der größten Weisheit und Disziplin einer unumgänglichen und überlegenen Kampfpolitik, um das Berliner traurige Beispiel nicht weiter wirken zu lassen.

Nur, nachdem der Berliner Kampf zu einem so unermesslichen Abschluß gelangt ist, ist es gewerkschaftliche Aufgabe der Beteiligten, sich klar zu werden, warum man ihnen derartige zu bieten wagte. Und selber, der genauer Prüfung, muß man tatsächlich feststellen, daß die Unternehmertum hatte nicht in Berlin nur die organisatorische Kraft der Arbeiter nicht nicht doch gewachsen. Man hat eine Schwäche verloren, jedoch nicht ohne eigene Schuld! Besonders den Unorganisierten und den wörtlichen WZV. Vorkaufszwang, die im nachhinein dieses Ausgangs hier gemacht werden, daß sie mit vollständiger an diesem Lohnabbau sind. Man hat die Metallarbeiter angreifen, weil sie die schwächste Stelle in der Front der gewerkschaftlichen Organisationen darstellen. Mit 50 Prozent

Unorganisierten läßt sich kein Kampf gewinnen! Warum hat man nicht bei den Holzarbeitern, im graphischen Gewerbe und bei anderen gut organisierten Gruppen den ersten Versuch angelegt? Weil sich dort die Unternehmer- und Regierungsmächte in Danks aufgelöst hätten. Die Arbeitergruppen hätten so teuer gestreift, bis der anderen Seite der Lohnabbauversuch zu teuer geworden wäre. Der Metallarbeiterstreik konnte nach 14 Tagen aber nicht mehr länger gehalten werden, weil nicht nur die Weiben, nein auch die häufig roten Unorganisierten der WZV, schon am Tage vor der Arbeitsaufnahme in hellen Scharen in die Betriebe gelaufen sind. Siehe Metallwerk Siemens!

Wohl ist und bleibt der Schiedspruch eine politische Missetat ersten Ranges an der Arbeiterschaft. Aber ihr wäre der Erfolg verjagt geblieben, wenn die Metallarbeiter besser organisiert gewesen wären.

Die Unorganisierten der Metallindustrie und ihre Freunde

Heraus aus der Arbeitslosigkeit!

Vorschläge der preussischen Regierung zur Hebung der Arbeitslosigkeit

1. Die preussische Staatsregierung hat der Reichsregierung Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung unterbreitet, bei deren Durchführung der Arbeitsmarkt um etwa 130.000 Arbeitskräfte entlastet werden würde. Die Hauptpunkte dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms sind:

Seine Beschäftigungsmöglichkeit bei ausreichender Beschäftigung für 10 Wochenstunden.

Ein neues Personaljahr zur besseren Vorbildung der Jugendlichen; 25.000 Personen werden auf ein Jahr dem Arbeitsmarkt zurückgeführt.

Über 110.000 ausländische Zuzuwanderer zuzulassen; jezt: Preußen will deutsche Arbeitslose an ihre Stelle setzen.

Umfassende Reorganisationsarbeiten zur Hebung des landwirtschaftlichen Ertrages. Jährliche Beschäftigungsmöglichkeit für 78.000 Arbeiter.

Vollständig werden die Vorschläge der preussischen Regierung als bald in die Tat umgesetzt.

Fremdung von Arbeitsstellen in Sachsen

Die sächsische Regierung hat unter dem 12. November - B 30: 23011 - an die Gewerkschaftsämter, Kreis- und Amtsbaukommissionen, sowie an die Gemeinde- und Kreisverwaltungen, sowie an die Gewerkschaften einen Erlaß herausgegeben, der die Fremdung von Arbeitsstellen beschränken soll, um die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern.

Es enthält die Aufforderung, eine Verdrängung der Arbeitslosen

tariflich oder betrieblich zu vereinbaren, und will auch, um die Unternehmer dazu geneigt zu machen, die Möglichkeit für einen Ausgleich der etwa entstehenden Mehrzusammenhang für Sozialversicherungsbeiträge zum schaffen.

Den Vermittlungsstellen der Gewerkschaften und den Betriebsräten ermahnt daraus die Aufgabe, zunächst festzustellen, in welchen Betrieben eine Arbeitsverlagerung ohne wesentliche Zerstörung möglich ist. Diese Verlagerung soll ohne große technische und organisatorische Schwierigkeiten durchzuführen ist. Sie werden sich dann zunächst mit den Betriebsleitungen in Verbindung setzen und nötigenfalls die Vermittlung der Gewerkschaften als Vermittler über Gewerkschaften in Anspruch nehmen müssen.

Wir glauben, daß die Zahl der Betriebe, in denen die objektive Möglichkeit zur Durchführung der von Arbeitsministerum vorgeschlagenen Maßnahmen gegeben ist, durchaus nicht so gering ist, wie es von den Unternehmern dargestellt wird. Freilich sind dazu auch außer Wille und isolierte Maßnahmen notwendig.

Verheißungsvoller Anfang zum Sechshunderttag

Stellungserklärungen zufolge ist in der Tarifpolitik ein Fortschritt in Hamburg festgestellt worden. Durch den Grund von Verhandlungen zwischen der Firma und dem freigelegten Metallarbeiterverband der Sechshunderttag ist ein Einverständnis erzielt worden. 30 neue Arbeiter wurden eingestellt. Auch die Firma Stöcker & Thiel ist bereit, die Zahl der Beschäftigten durchzuführen, wodurch zunächst 50 Arbeiter eingestellt werden. Bei der Firma Thiel, Vereinigte Elektrofabriken, werden 240 bis 300 Arbeiter durch die Einführung der Sechshunderttag durch Beschäftigung erhalten. Bei der Einführung sollen vor allem Wohlhabensplaner und Ausgewählte berücksichtigt werden. Zielern bezugnehmenden Folgen sind eine Milderung der ungewerkschaftlichen Arbeitslosigkeit ist ein wesentliches Maßnahme praktische Beispiele.

der Selbstlosigkeit müssen die gewerkschaftlichen Streikereifung langsam fördern, um damit rechtzeitig auch die Unternehmener zu überzeugen, um es ganz verstanden auszuführen, die Abgrenzung der Zündstoffart der Kampfront, was die gewerkschaftlichen Unternehmern bestimmte, hinsichtlich der Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen, die durch die Vereinbarung im Interesse der menschlichen Arbeitskraft gewahrt, was die Unternehmern bestimmte, in ihrer Verantwortung zu bestehen.

Siehe die Berliner Metallarbeiter heute organisiert und nicht durch formale und administrative Organisationsfragen, sondern durch die Interessen der Arbeiter, was nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmern hat, was nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmern hat, was nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmern hat.

Zu den verschiedenen Fragen, die sich aus der Arbeit ergeben, ist ein gewisser Teil, der sich auf die wirtschaftliche Seite der Arbeit bezieht, ist ein gewisser Teil, der sich auf die soziale Seite der Arbeit bezieht, ist ein gewisser Teil, der sich auf die politische Seite der Arbeit bezieht.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

wohl angenommen haben, zu verhindern und zu schrecken, demnach, im Kampf gegen die Unternehmern, aber völlig verfehlte. Man braucht jedoch nicht in das Stadium zu gehen, das der Kommunismus der letzten Jahre hat man teilweise genug, das die organisierte Kraft der Arbeiter im Bedenke ist, was die gewerkschaftliche „Kraft“ der Kommunismus ist eine Leistung auszuweisen. Man braucht nur an den letzten Jahren kommunistischen Ausschüssen in den verschiedenen Arbeiterkreisen zu erinnern, um die Forderung des Kommunismus und des Vertrauens, die kommunistische Forderungsgewalt in den verschiedenen Organisationen hervorzuheben.

Zu den verschiedenen Fragen, die sich aus der Arbeit ergeben, ist ein gewisser Teil, der sich auf die wirtschaftliche Seite der Arbeit bezieht, ist ein gewisser Teil, der sich auf die soziale Seite der Arbeit bezieht, ist ein gewisser Teil, der sich auf die politische Seite der Arbeit bezieht.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Zugung mit diesen Fragen beschäftigt. Das Ergebnis der Ausprüfung war, das die Unternehmern eine generelle Verfassung der Arbeiter zu erreichen. Die Verfassung einer Arbeiter der Arbeiter zu erreichen. Die Verfassung einer Arbeiter der Arbeiter zu erreichen.

Zu den verschiedenen Fragen, die sich aus der Arbeit ergeben, ist ein gewisser Teil, der sich auf die wirtschaftliche Seite der Arbeit bezieht, ist ein gewisser Teil, der sich auf die soziale Seite der Arbeit bezieht, ist ein gewisser Teil, der sich auf die politische Seite der Arbeit bezieht.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Die Arbeiter haben ein gewisses Recht, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen, das sie nicht aufgeben dürfen.

Lohnsenkung als Heilmittel?

Zur Bekämpfung der Krise kommt es auch zu dem Gedanken, die Löhne zu senken, was jedoch nicht der Fall ist. Die Löhne zu senken, was jedoch nicht der Fall ist. Die Löhne zu senken, was jedoch nicht der Fall ist.

„Dann weiß ich, wo ich hingehöre!“

Ich frage ihn: „Bist du in der Partei?“
 „Nein, nicht.“
 „Aber“ - sagte er hinzu, „es hängt, als ob es schmeckt.“
 „Wenn es gilt, dann weiß ich, wo ich hingehöre.“
 „Aber“ - sagte er hinzu, „es hängt, als ob es schmeckt.“
 „Wenn es gilt, dann weiß ich, wo ich hingehöre.“
 „Aber“ - sagte er hinzu, „es hängt, als ob es schmeckt.“
 „Wenn es gilt, dann weiß ich, wo ich hingehöre.“
 „Aber“ - sagte er hinzu, „es hängt, als ob es schmeckt.“
 „Wenn es gilt, dann weiß ich, wo ich hingehöre.“

Aktiengesellschaft Hammerflug

Verwaltung von Carl Schröder
 Copyright by
 Hübnerstraße, Berlin

Alle Aktien, die von der Gesellschaft ausgeben werden, sind zum Verkauf für den Käufer zu haben. Die Aktien sind zum Verkauf für den Käufer zu haben. Die Aktien sind zum Verkauf für den Käufer zu haben.

Alle Aktien, die von der Gesellschaft ausgeben werden, sind zum Verkauf für den Käufer zu haben. Die Aktien sind zum Verkauf für den Käufer zu haben. Die Aktien sind zum Verkauf für den Käufer zu haben.

1. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht.

Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht.

Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht.

2. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht.

Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht.

Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht.

Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht. Die Löhne werden gesenkt, und die Preise fallen nicht.

das die Unternehmer auf Grund ihrer erhöhten Gewinne ihre Anlageneigenschaft erheblich erweitern, veranlaßt die gegenwärtige Lage grundlich. Deshalb soll der Unternehmer Anstalten annehmen, die bestehenden Einrichtungen in wesentliche Modifikation zu überführen, wie zum Beispiel durch die Einführung von Maschinen, die Arbeit leichter machen, mehr als früher produzieren, wenn keine Zeitverschwendung ist. Auch das ist aber eine unrichtige, ja falsche Auffassung. Wir müssen darauf achten, daß die Auslastung weitgehend unabhängig von unserer Preisstellung auf dem Weltmarkt zurückzuführen ist, da die Nachfrage für Rohstoffe, die wir von ihnen billig beziehen, nachwachsen, die Aufnahmefähigkeit für unsere Produkte eingeschränkt wurde. Selbst aber im Falle, daß die Nachfrage nach Rohstoffen nicht nachlassen würde, blühte der Unternehmer keine Anlagen, die bereits überdimensioniert sind, nicht auszuweichen.

Es gibt freilich noch viele Anlagemöglichkeiten in der Textilindustrie, im Wohnungsbau, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, aber auch in der Privatwirtschaft, sofern es sich um rentable Investitionen handelt. Jedoch kann die Produktion auch hier nicht zum Ziel mit anderen Worten, von der Volkswirtschaft kann eine baldige Erweiterung der Anlageneigenschaft nicht erwartet werden. Deshalb würde Vorkauf ohne Preisleistung im wesentlichen eine Kaufkraftvermehrung gleichkommen. Wenn die Kaufkraft nicht durch den Verkauf von Waren, sondern durch den Verkauf von Anlageneigenschaft vergrößert werden soll, so ist dies nicht möglich.

2. Die Löhne werden gekürzt, auch die Preise fallen, jedoch nicht so stark wie die Löhne.

Erfolg: Die Arbeiterkraft kann weniger kaufen, die Arbeiter werden weniger zufrieden, wenn die Löhne nicht gekürzt werden. Unternehmer fürchten vor dem Scheitern ihrer Betriebe. Die Unternehmergewinne steigen, doch in geringerer Umfang wie im ersten Fall. Man hört nicht, wie bei dieser Zeitlage die Arbeiterkraft sich erhöhen werden könnte. Die Kaufkraft wird in einer Weise vermindert, daß die Nachfrage nach Verbrauchsgütern nicht steigen kann. Auch die Arbeiterkraft ist durch die Kaufkraftvermehrung im wesentlichen gleichbleibend. Die Kaufkraftvermehrung durch die Verkauf von Waren, die nicht durch den Verkauf von Anlageneigenschaft vergrößert werden kann, ist nicht möglich.

3. Die Preisleistung hält mit der Vorkaufleistung Schritt.

Die Arbeiterkraft kann ebenfalls wie bisher kaufen. Die Arbeiter sind zufrieden, weil die Löhne nicht gekürzt werden. Die Kaufkraftvermehrung durch den Verkauf von Waren, die nicht durch den Verkauf von Anlageneigenschaft vergrößert werden kann, ist nicht möglich. Die Kaufkraftvermehrung durch den Verkauf von Waren, die nicht durch den Verkauf von Anlageneigenschaft vergrößert werden kann, ist nicht möglich.



Der Dichter Robert Seidel achtzig Jahre alt

Wer von der älteren Generation kennt ihn nicht, den Dichter der neuen Dichtung, die die Seele der arbeitenden Arbeiterschaft wahrhaft und ihre Kämpfe mit bewunderndem Blick anschaut haben. Man hat ihn zu seinem 75. Geburtstag und höchlich geehrt, ihn der in einem arbeitenden Leben es ist, zum ersten Mal gesehen hat. Seine „Arbeiterlieder“ erschienen in einem kleinen Buche bei E. W. Dietrich in Berlin. Die Artikel gingen durch die deutsche und schweizerische Presse. Zu dem Zeitpunkt, als er in den Untergrund getrieben wurde, war er in der Schweiz, wo er sich versteckte. Er wurde aber wieder in die Schweiz gebracht. Er wurde aber wieder in die Schweiz gebracht. Er wurde aber wieder in die Schweiz gebracht.

Die National-„Sozialisten“ und die Konsumvereine

Die Nationalisten der Arbeiterpartei bedeutet unläugbar Weltverderber. Die „Sozialisten“ enthält das barocke Geblöde nicht ein Wort. Darüber hinaus sind die Nationalisten die Nationalisten der Arbeiterpartei. Die Nationalisten der Arbeiterpartei bedeutet unläugbar Weltverderber. Die „Sozialisten“ enthält das barocke Geblöde nicht ein Wort. Darüber hinaus sind die Nationalisten die Nationalisten der Arbeiterpartei.

fall auf sich nehmen, der durch die verfehlte Arbeitseinteilung bedingt, man kommt schließlich zum Ziel, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Lohnzahlung als „Recht“ ist. Sie wurde die Strafe mit aller Wahrscheinlichkeit verhängen, in dem unwahrscheinlichen Fall, daß die Lohnzahlungen im selben Umfang wie die Löhne sinken, daß ein etwas geringerer Lohn für die Arbeiter im Vergleich mit der Lohnzahlung der Arbeiterherren führen. Und da es jetzt vor allem darauf ankommt, getrieben der Lohn gegen die Löhne gerade das Schicksal der Arbeiterlosen.“

Der Kampf um die Arbeitervereine

Der Kampf um die Arbeitervereine ist ein Kampf um die Arbeitervereine. Die Arbeitervereine sind die Arbeitervereine. Die Arbeitervereine sind die Arbeitervereine. Die Arbeitervereine sind die Arbeitervereine. Die Arbeitervereine sind die Arbeitervereine.

Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie

Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie ist die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie. Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie ist die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie. Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie ist die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie.

Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie

Zurück das Verhalten der Arbeitervereine wurde, wie nicht anders möglich, eine neue Entwicklung in die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie ist die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie. Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie ist die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie.

Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie

Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie ist die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie. Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie ist die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie. Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie ist die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie.

Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie

Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie ist die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie. Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie ist die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie. Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie ist die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie.

Arbeiter! Kennt ihr eure Macht?

Ein Jugendkollege aus Berlin sendet uns folgende Betrachtung zu:

Unlängst fand auf unserem Vorkurs ein Tagungsabend statt, bei dem eine einstündige Vortragsveranstaltung stattfand. Der Vortragende behandelte das Thema: „Arbeiter! Kennt ihr eure Macht?“. Das war ein sehr interessantes und lehrreiches Gespräch, das uns sehr viel über unsere eigene Situation als Arbeiter aufgeklärt hat. Ich möchte hier einige Punkte wiedergeben, die ich besonders wichtig fand.

Zunächst einmal ist es wichtig, dass wir uns bewusst machen, dass wir als Arbeiter eine große Macht besitzen. Diese Macht besteht darin, dass wir die einzigen sind, die die Waren produzieren, die wir konsumieren. Ohne uns würde die Wirtschaft zum Stillstand kommen. Das ist unsere Stärke und unsere Befreiung.

Der Vortragende hat auch darauf hingewiesen, dass wir uns nicht durch die Manipulation der Medien, die uns durch die Presse, den Hörfunk und die Anzeigen in der Zeitung beeinflusst werden, täuschen lassen dürfen. Wir müssen lernen, die Wahrheit zu erkennen und uns nicht von den Propagandaschlachten der Bourgeoisie verwirren lassen.

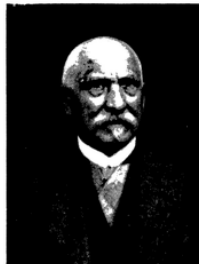
Ein weiterer wichtiger Punkt war, dass wir uns nicht durch die Parteiführung leiten lassen dürfen. Wir müssen selbstständig denken und handeln. Die Partei ist nur ein Werkzeug, das uns dazu beibringen kann, unsere Ziele zu verfolgen. Aber wir müssen selbst die Verantwortung übernehmen und die Entscheidungen treffen.

Das ist dem keine Furcht vor dem Waren haben, vor dessen Größe und Stärke und vor seinem furchtbaren Geißel, war meine Aussage. „Ni, er“, meinte der kleine Mann lachend. „Der Herr ist doch der aller Beste, aber ich weiß doch, dass er nicht weiß, was er tut.“ Ich sah ihm in den Augen die gleiche Furcht an, die ich in den Augen der Arbeiter sah. Es ist eine Furcht vor dem Unbekannten, vor dem Großen, vor dem Mächtigen. Aber ich weiß, dass diese Furcht nur aus Unwissenheit entsteht. Wenn wir unsere eigene Macht erkennen, wenn wir verstehen, dass wir die Herren der Lage sind, dann ist diese Furcht vorbei. Dann können wir uns der Welt stellen und sie umgestalten.

Ein Achtzigjähriger

Am 26. November 1930 vollendet der Kollege August Haas 80. Geburtstag. Er ist einer der wenigen Überlebenden, welche an der Wiege der gewerkschaftlichen Schuhmacher-Bewegung in Berlin gestanden haben.

Als das Sozialistengesetz 1874 die ersten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft erstarkte, konnten es bereits im Jahre 1880 einige Kollegen in Berlin, einen solchen Vorläufer der Schuhmachergewerkschaft zu bilden, dessen Mitglied der jetzt



Achtzigjährige wurde August Haas, der 1884 dem neugegründeten Untergewerkschaft der Schuhmacher, dem jetzigen „Zentralverband der Schuhmacher“ an Unterjubiläum wurde 1887 Kollege dieser Jubiläre.

Unter dem Tausend des Berliner Foliegruppenmüsche diese Jubiläre nach langer Zeit wieder in einen lokalen Arbeiterumgewandelt werden, in welchem der Kollege Haas mitwirkte. Es mag hier angebracht werden, daß das Berliner Foliegruppenmüsche auf dem Zentralverband stand, daß gewerkschaftliche politische Vereine waren. Solche politische Vereine hatten nicht das Recht, miteinander in Verbindung zu treten. Während dieser Zeit regten sich auch die Arbeiterbewegung in der Schuhmacherei in Berlin. Wegen der Größe der Stadt mit den anschließenden Vororten hatten sich in der Stadt Berlin drei selbständige Arbeiter-Teilungen gebildet.

Im Herbst 1885 traten die Schuhmacherei der Friedrichstadt in großer Anzahl dem Verband an und gründeten eine besondere Ortsgruppe der Schuhmacherei. Kollege Haas, der in der Friedrichstadt arbeitete, wurde bald danach Kollege dieser Ortsgruppe. Im Jahre 1886 traten die Kollegen im Waldgäßchen (Gewerbe, etwa 500) an der Zehn, in der Zeit, nachdem die Unternehmern der Wohnkollonen abgelehnt hatten.

Der Streit begann in der ersten Woche nach Ostern und wurde beendet mit einem guten Erfolg für die Kollegen in der ersten Woche nach Pfingsten. Während dieser Zeit war der Kollege Haas Kollege der Zehn und hat keine Woche lang hinaus gefahren. Der Streit löste sich in der ersten Woche nach Pfingsten in der ersten Woche nach Pfingsten in der ersten Woche nach Pfingsten.

Der jüngeren Generation ist dieses Beispiel gewerkschaftlicher Tätigkeit und des alten Kollegen Haas gibt, zur Nachahmung empfohlen.

Kommunistische Parteien im Lichte der Statistik

Die „Tribüne“ vom 25. Oktober veröffentlicht auf Grund der Materialien der Kommunistischen Parteien in Deutschland (KPD) die Mitgliederentwicklung der Partei im Laufe des Jahres 1930. Das statistische Material vom 31. Oktober 1930 zeigt die Mitgliederentwicklung der Partei im Vergleich mit den Mitgliederzahlen der Kommunistischen Parteien im Vorjahr.

1928	1930
Deutschland	124.729
Tschechoslowakei	150.000
Frankreich	52.376
England	9.000

Es werden ferner in der gleichen Zusammenfassung die Mitgliederzahlen der kommunistischen Parteien in Belgien, Frankreich (gegen 683.786 im Jahr 1928) und in den Niederlanden (gegen 1.100.000 im Jahr 1928) angegeben; für die Vereinigten Staaten sind die Mitgliederzahlen für 1930 mit 8885 Mitgliedern angegeben.

Um den erfreulichen Einbruch dieser Zahlen abzuwischen, vertritt die „Tribüne“ die Ansicht, daß in den letzten Monaten „ein erheblicher Umbruch in der Entwicklung der kommunistischen Parteien“ eingetreten sei. Dem Beweis für diese Behauptung bleibt jedoch das Faktum schuldig.

1. Oktober belief sich auf 145,4 gegen 146,9 im Vormonat. Es ist somit um 1,0 % zurückgegangen.

3.223.000 Arbeitende waren am 31. Oktober bei den Arbeitern eingetragen.

Der Bundeskongress des ADG hat sofort gegen den Organisations Ausschuss protestiert, der mehrere Jahre bereits ab 1. Januar in Kraft treten soll.

Der Reich der Deutschen Metallarbeiterverband und der Vorstand des ADG beurteilen in lauten Resolutionen den Metallarbeiterverband.

Zwei ungeliebte Kapitalveränderungen bei der neuen Foliegruppenmüsche von Berlin (1930) verboten.

Die Hauptzentrale haben dem Verbandsrat (Ventralrat) a. Z. keine Vollmacht, sondern die aus dem Komitee des ADG hervorgehenden Mitglieder der Reichsversammlung (a. Z. Paul Schulz) von Völler in die Reichsversammlung der Arbeiterpartei (KPD) abgelehnt.

Die Deutsche Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober ihren Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Die Deutsche Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober ihren Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Literatur

Der Wegweiser zum Buch. Ein Handbuch für den Arbeiter und den Handwerker. Von Dr. phil. Karl J. Schmitt. Berlin, 1930. 112 S. 1,20 RM.

Die Zentralverwaltung der Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober ihren Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Vom 23. bis 29. November ist der 48. Beitrag fällig.

Die Zentralverwaltung der Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober ihren Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Die Zentralverwaltung der Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober ihren Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Anzeigen

Zentralverband der Schuhmacher, Zentralstelle Nürnberg-Süd. Büro: Jahnstraße 11. Post- u. Telefon 41 79.

Schwarzdruck, 25. Oktober, abends 10 Uhr, in den „Arbeitern“. Zentralstelle, Nürnberg-Süd.

Der Zentralverband der Schuhmacher hat am 25. Oktober seinen Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Nürnberg abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Hermann Löning
 in seiner jungen Frau den
 biedersten Glückwunsch
 zu grünen Hochzeit
 Zahlstelle Reichs

Sie suchen Qualitätswerkzeuge

In meinem neuesten Katalog-Katalog, 64 Seiten hat, über 2000 Werkzeugen, finden Sie alles an Werkzeugen, was Sie brauchen. Die beste für Ihren individuellen Schuhmacherbedarf unbedingt in den Katalog-Katalog, 64 Seiten hat, über 2000 Werkzeugen, finden Sie alles an Werkzeugen, was Sie brauchen.

Mitteilungen

Berlin
 Der wegen Lohnkampf-Unterstützung bei der Firma E. Stron-...
 Die Zentralverwaltung der Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober ihren Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Berlin
 Der Zentralverband der Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober seinen Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Berlin
 Der Zentralverband der Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober seinen Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Berlin
 Der Zentralverband der Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober seinen Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Berlin
 Der Zentralverband der Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober seinen Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Berlin
 Der Zentralverband der Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober seinen Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Berlin
 Der Zentralverband der Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober seinen Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.

Tendenziöse Meldungen über Lohnbau

Nicht nur aus Sentimentalgründen, sondern aus einem ganz bestimmten Zweck bringt die bürgerliche Presse täglich Nachrichten über Lohnbau. Sie kommt damit Unternehmern entgegen, die bereits bemüht sind, um den Dienst der bekannten Lohnbauarbeiten tätig zu sein. So ist mit jeder Lage in einer Notiz von einem Lohnbau in Birmingham in Höhe von 11 A berichtet worden.

Die Unternehmern der Branche ist aufrichtig genug, diese Tendenzen zurückzuführen und richtigzustellen. In der „Zukunft“ wird der betreffende Fuß durch folgende Notiz aufgeklärt:

Der deutsche Metallarbeiter hat wieder einmal eine Sentenzion erreicht. Vor einigen Jahren konnte man in maharabenden deutschen Tageszeitungen lesen, daß man in der Birminghamer Schuhmacherei den Lohn der Schuhmachern um 11 A pro Stunde befristet habe. Diese Nachricht trifft in keiner Weise und ist nur dazu angetan, Verwirrung zu stiften und zu zeigen, daß die Arbeiter sich nicht durch die Propaganda der Unternehmern täuschen lassen dürfen.

Die Firma Philipp Harbort in Hamburg, der Firmensitz, der 500 Arbeiter beschäftigt, sollte bei 12 Stunden, die am Ende in Berlin arbeiten, um Arbeiter zu übertragen. Sie hatten alle Arbeiterarbeiter einen festen Stundenlohn, als Arbeiterarbeiter mehr als ihren bisherigen Stundenlohn erhalten, und zugleich die Regelung fand unter Mitwirkung der Betriebsleitung der Gewerkschaften.

Die Unternehmern der Branche ist aufrichtig genug, diese Tendenzen zurückzuführen und richtigzustellen. In der „Zukunft“ wird der betreffende Fuß durch folgende Notiz aufgeklärt:

Von Woche zu Woche

Wichtiges in aller Eile.
 519.000 Wohlfahrtsarbeiten.

Die deutsche Arbeiterpartei (KPD) hat am 25. Oktober ihren Bundeskongress (17. Arbeiterkongress) in Berlin abgehalten. Der Bundeskongress hat die Beschlüsse des Reichstages bestätigt.